

Berlin, 17.04.2019

**IPPNW
WPSEU 066/2019****Friedenspolitische Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019****Frage 1:**

Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandats dafür einsetzen, dass die EU den Regierungen ihrer Mitgliedstaaten empfiehlt, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen?

Antwort:

Wir werden uns für einen UN-Atomwaffenverbotsvertrag einsetzen.

Frage 2:

Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandates dafür einsetzen, dass sich die Europäische Union nach der Kündigung des INF-Vertrages **gegen jede Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in ihren Mitgliedsstaaten ausspricht?**

Antwort:

Die SPD spricht sich deutlich gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in den europäischen Mitgliedsstaaten. Die Kündigung des INF-Abrüstungsabkommens durch US-Präsident Trump ist ein enormer Rückschritt für unsere europäischen Abrüstungsbestrebungen. Deswegen werden wir in den sechs Monaten der Suspendierung des Abkommens alles unternehmen, um Russland zu einer Rückkehr zur Vertragstreue zu bewegen und die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, zu dem Abkommen zurückzukehren. Wir werden vertragsgestützte Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung wieder in den Mittelpunkt unserer Politik rücken. Unsere Position ist klar: Wir wollen keine neue Aufrüstungsspirale. Eine Stationierung nuklearer landgestützter Mittelstreckenwaffen in Europa darf nicht die Antwort sein.

Wir wollen Europa als Friedensmacht positionieren und dadurch zur Entspannung beitragen. Dieses Ziel wollen wir auch durch die Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), als Instrument der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung in Europa, erreichen. Um auch in Europa einen Rückfall in eine überkommene Aufrüstungslogik zu verhindern, setzen wir auf europäische Synergie, die eine effektive Konzentration der Verteidigungskräfte ermöglicht. Synergien und restriktive Exportkontrolle statt pauschaler Erhöhung der Rüstungsausgaben ist dabei unser Leitprinzip.

Frage 3:

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für den Abzug der US-Atomwaffen aus Belgien, Deutschland, Italien und den Niederlanden einsetzen?

Antwort:

Wir setzen uns für einen Fahrplan zum europäischen Atomausstieg ein und setzen uns deshalb für einen Abzug aller Atomwaffen vom europäischen Kontinent ein.

Frage 4:

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine **Entspannungspolitik mit Russland einsetzen?**

Antwort:

Ja, die SPD wird sich für Entspannungspolitik mit Russland einsetzen. Denn trotz aller Rückschläge im Verhältnis zu Russland besteht für uns kein Zweifel daran, dass dauerhafter Frieden in Europa nicht gegen, sondern nur mit Russland möglich ist. Europa ist ein Friedensprojekt und die SPD als Friedenspartei steht für eine Außenpolitik der klugen Diplomatie. Im Geiste der Entspannungspolitik Willy Brandts ist es unser Anspruch, Brücken zu bauen. Es ist wichtig, die Gesprächskanäle trotz Differenzen offen zu halten. Der Ansatz der SPD ist Deeskalation, Rückkehr zum politischen Dialog und eine differenziertere Anwendung von Sanktionsmechanismen. Substanzielle Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Abkommens würden für uns eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen Russland bedeuten. Im Europäischen Parlament setzen wir uns dafür ein, dass der seit 2014 ausgesetzte interparlamentarische Dialog wiederaufgenommen wird. Denn nur, wenn wir miteinander reden, können wir Schritt für Schritt das Risiko für Missverständnisse und Fehleinschätzungen reduzieren und gegenseitiges Vertrauen aufbauen.

FRIEDENSPOLITIK

Frage 1:

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl gegen eine Aufstockung des europäischen Verteidigungsfonds einsetzen und stattdessen für eine Erhöhung der Mittel zur Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung erhöht werden?

Antwort:

Derzeit lehnt die SPD konsequent die Einführung des europäischen Verteidigungsfonds ab. Die Erhöhung der Mittel zur Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung unterstützen wir. Die SPD hat beispielsweise das Thema der Klimadiplomatie und dessen finanzielle Ausgestaltung in das Europaparlament eingebracht und fordert dessen konsequente Umsetzung durch die Kommission und die europäischen Mitgliedstaaten.

Frage 2:

Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandates dagegen aussprechen, dass die Gelder aus dem Instrument „Stabilität und Frieden“, die bislang ausschließlich für die Friedensförderung bestimmt waren, zur „militärischen Ertüchtigung anderer Staaten“ eingesetzt werden können zur Abwehr von Geflüchteten?

Antwort:

Durch die SPD wurde in dieser Legislaturperiode verhindert, dass das Instrument "Stabilität und Frieden" aus Entwicklungsmitteln mitfinanziert wird. In der Aufsetzung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens wird aufgrund einer konservativen Mehrheit das Instrument in einem neuen zusammengesetzten Fonds zur Außen- und Entwicklungszusammenarbeit nicht weiter klar abgetrennt.

Frage 3:

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine Verschärfung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport sowie für ein Exportverbot von Kleinwaffen und zugehöriger Munition einsetzen?

Antwort:

Wir setzen uns für eine gemeinsame restriktive Kontrolle von Rüstungsexporten ein, die durch ein parlamentarisches Kontrollgremium mitüberwacht wird und Verstöße hart sanktioniert. Wir wollen keine Rüstungsexporte in Krisengebiete und Diktaturen. Wir brauchen eine europäische Regelung für Rüstungsexporte, die eindeutig und verbindlich ist sowie restriktive Grenzen setzt. Wir unterstützen das Exportverbot von Kleinwaffen und zugehöriger Munition.